

„Unser Scheitern war vorgesehen“: Palästinenser:innen blicken zurück auf 30 Jahre Osloer Abkommen

Obwohl das Osloer Abkommen und seine Unterzeichner den Palästinenser:innen viele Versprechungen machten, wurde Palästina in Wirklichkeit in Bantustans und Ghettos aufgeteilt, und das mit begrenzter Selbstbestimmung für das Palästinensische Volk auf einem winzigen Stück ihres Heimatlandes.

Yumna Patel, mondoweiss.net, 14.09.23

Am 13. September 1993 schüttelten sich der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin und der Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yasser Arafat, auf dem Rasen des Weißen Hauses vor einem stahlenden US-Präsidenten Bill Clinton die Hände.

In dem Abkommen wurde nie eine Einigung über die wichtigsten Fragen des palästinensischen Kampfes erzielt: die Grenzen eines künftigen Staates, die illegalen israelischen Siedlungen in der Westbank, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat und der Status von Jerusalem als künftige Hauptstadt.

Das Bild, das diesen Händedruck festhält, wurde zu einem der berühmtesten Bilder aller Zeiten und stellt einen der wichtigsten Momente in der jüngeren palästinensischen Geschichte dar.

Es war der Tag, an dem die Grundsatzerklärung oder das erste Osloer Abkommen (Oslo I) unterzeichnet wurde, mit dem der so genannte Friedensprozess eingeleitet wurde, an dessen Ende der „Friede“ in der Region und die Lösung des so genannten „Konflikts“ stehen sollte.

Die Osloer Abkommen versprachen jedoch nie einen unabhängigen palästinensischen Staat oder auch nur etwas, das ihm im Entferntesten ähnelte.

In Wirklichkeit wurde das besetzte Gebiet in Bantustans mit begrenzter palästinensischer Selbstverwaltung auf einem winzigen Teil des palästinensischen Heimatlandes aufgeteilt. Er ebnete den Weg für Israel, sich mehr Land und Ressourcen anzueignen und die Grenzen und die darin lebenden Menschen noch stärker zu kontrollieren.

Selbst die gemachten Versprechungen – der Stopp des Siedlungsbaus, der Rückzug aus bestimmten Teilen der besetzten Gebiete und die letztendliche Übertragung der Kontrolle über die Westbank an die Palästinensische Autonomiebehörde – wurden nie eingehalten.

Heute ist es 30 Jahre her, dass die ersten Osloer Abkommen unterzeichnet wurden. Und obwohl die Verhandlungen über den endgültigen Status im Laufe der Jahrzehnte wiederholt gescheitert sind, blieben die

Osloer Abkommen weiterhin in Kraft, was für die Palästinenser:innen eine einzigartige Situation vor Ort geschaffen hat.

Die Palästinensische Autonomiebehörde, die als Übergangsregierung eingerichtet wurde, ist zu einer Dauer-einrichtung geworden, ihre Führung ist seit 17 Jahren unverändert. Sowohl die von der *Fatah* dominierte Palästinensische Autonomiebehörde in der Westbank als auch die Hamas im Gazastreifen haben sich zu autoritären Regimen entwickelt, was viele junge Palästinenser:innen dazu veranlasst, ihre Regierungen als „Subunternehmer der israelischen Besatzung“ zu bezeichnen.

Im Gefolge der Osloer Abkommen wurde eine neue Generation von Palästinenser:innen geboren, die als „Osloer Generation“ bekannt werden sollte – und deren Jugend geprägt wurde durch falsche Versprechungen und den Verlust von Leben, Land und der Möglichkeit, ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

In der Zwischenzeit hat Israel Leben und Land der Palästinenser:innen fester im Griff als je zuvor. Der Gazastreifen steht unter einer strengen Blockade und die Westbank ist in kleine Kantone oder „Bantustans“ aufgeteilt, wie Analysten es ausdrücken.

Mit jedem Jahr, das vergeht, wird die israelische Regierung immer rechter und bricht ihre eigenen Rekorde bei der Gewalt gegen palästinensische Gemeinden und dem Bau illegaler Siedlungen tief in der besetzten Westbank und in Jerusalem.

Zu sagen, dass die Realität vor Ort verzweifelt sei, wäre eine Untertreibung. Und viele palästinensische Jugendliche, die im Schatten des Abkommens und all seiner falschen Versprechungen aufgewachsen sind, machen das Abkommen oder „Oslo“, wie es im Volksmund genannt wird, zu einem großen Teil für die Situation verantwortlich, in der sie sich heute befinden.

Die Bühne bereitet

Vor diesem schicksalhaften Tag auf dem Rasen des Weißen Hauses im Jahr 1993 hat sich für die Palästinenser:innen sowohl im Inland als auch im Ausland viel getan.

Von 1987 bis 1993 waren die palästinensischen Straßen in Aufruhr. Seit zwei Jahrzehnten hielt Israel die Westbank, Ostjerusalem und den Gazastreifen besetzt, und die Palästinenser:innen hatten die Nase voll. Die erste Intifada, der erste palästinensische Aufstand, überraschte Israel und die Welt. Eine Massen-kampagne zivilen Ungehorsams erfasste das Land und führte zu jahrelangen Protesten und anschließender Unterdrückung durch die Israelis.

Trotz der auf den palästinensischen Straßen herrschenden Gewalt schöpften viele Palästinenser:innen Hoffnung, dass sie ihre Realität ändern könnten, wenn sie sich gegen die Besatzung wehrten. Dann, im Herbst 1991, traf sich die Welt in Madrid zu einer „Friedenskonferenz“.

Unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion sollten zum ersten Mal direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser:innen aufgenommen werden. Die PLO, die international als Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt ist, befand sich in Tunesien im Exil und wurde von der

Teilnahme an der Konferenz ausgeschlossen. Stattdessen wurde eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation mit der Vertretung des palästinensischen Volkes betraut.

Dr. Hanan Ashrawi war eine der Beraterinnen der Delegation. „Wir gingen mit dem Gefühl einer Mission, dass wir ein Volk vertreten, das Würde hat, das Rechte hat, das Mut hat, das sich dieser militärischen Besatzung widersetzt hat. Und wir würden uns der Welt präsentieren und unsere Rechte einfordern“, sagte Ashrawi gegenüber *Mondoweiss*, als sie über den historischen Moment nachdachte, der sie auf die Weltbühne katapultierte. „Wir waren also zuversichtlich, und es herrschte eine optimistische Stimmung, vielleicht auch eine gewisse Naivität“, sagte sie.

Die Versuche der Palästinensischen Autonomiebehörde, den Widerstand einzudämmen, scheinen jedoch nur nach hinten loszugehen. Meinungsumfragen zeigen, dass 68 % der Palästinenser:innen bewaffnete Widerstandsgruppen unterstützen, und fast 90 % glauben, dass die PA kein Recht hat, sie zu verhaften.

Die Madrider Konferenz bereitete den Boden für jahrelange Friedensverhandlungen, die von Washington und Moskau vermittelt wurden. Trotz der Mängel der Madrider Konferenz schienen Beteiligte wie Ashrawi zu hoffen, dass politische Verhandlungen wirklich zu etwas führen könnten.

„Das war eine Zeit der Hoffnung, des Optimismus und der Zuversicht, auch wenn sie nur von kurzer Dauer war“, sagte Ashrawi. „Und als wir zurückkamen, glaubten die Menschen, dass sie die Befreiung durch einen politischen Prozess erreichen könnten, aber das wurde dann völlig zunichte gemacht.“

Verhandlungen über geheime Kanäle

Während in den Monaten nach der Madrider Konferenz öffentliche Verhandlungen auf der Weltbühne stattfanden, wurden hinter verschlossenen Türen Verhandlungen zwischen zwei ungleichen Partnern geführt.

1993 fanden in Oslo (Norwegen) Geheimgespräche zwischen Israel und der PLO statt, die zu einer noch nie da gewesenen Einigung führten. Die PLO, eine militante Befreiungsorganisation, erkannte den Staat Israel und dessen „Recht auf Existenz in Frieden und Sicherheit“ an. Im Gegenzug erkannte Israel die PLO als „Vertreterin des palästinensischen Volkes“ an, ohne jedoch das Recht der Palästinenser:innen auf Souveränität wirklich anzuerkennen.

Nach monatelangen Geheimverhandlungen und zur Überraschung vieler Palästinenser:innen reichten sich Rabin und Arafat im September 1993 die Hände, als die Grundsatzerklärung (DOP) oder das erste Osloer Abkommen (Oslo I) unterzeichnet wurde. Dieser Schritt war für viele Palästinenser:innen ein Schock, auch für diejenigen, die seit Jahren an öffentlichen Friedensverhandlungen teilgenommen hatten und offenbar nichts von dem geheimen Abkommen wussten, das sich hinter den Kulissen abzeichnete.

„Die Unterzeichnung des DOP war eine echte Enttäuschung,“ sagte Dr. Ashrawi gegenüber *Mondoweiss*. „Ich war nicht verärgert oder beunruhigt, dass es Hinterzimmergespräche gab, an denen wir nicht beteiligt waren,

oder weil es hinter unserem Rücken unterzeichnet wurde. Ich habe damals ganz offen gesagt, dass es mir egal ist, wer das Abkommen unterzeichnet oder wer es aushandelt. Mich interessiert, was drin ist, was in der Vereinbarung steht.“

Als Ashrawi das Abkommen sah, sagte sie, sie sei „extrem enttäuscht“ und besorgt über die „eingebauten Fehler“, von denen sie damals glaubte, dass sie den Palästinenser:innen zum Verhängnis werden könnten. „Denn [die Abkommen] haben die Realität der Besatzung nicht in Frage gestellt, und sie haben sich nicht mit den wirklichen Problemen, mit den Kernproblemen, mit den Ursachen des Konflikts selbst befasst. Die Summe der palästinensischen Erfahrung wurde ausgeklammert. Die Fragmentierung wurde beibehalten, der stufenweise Ansatz wurde beibehalten, die israelische tatsächliche Kontrolle vor Ort wurde beibehalten, und für alle aufgeschobenen Fragen gab es keine Garantien, keine Kontrolle.“

Dr. Yara Hawari, eine politische Analytikerin der palästinensischen Denkfabrik *Al-Shabaka*, sagte, dass die Osloer Abkommen „immer zum Scheitern verurteilt waren“. „Sie wurden eingerichtet, um die Palästinenser:innen zum Verlierer der vermeintlichen Friedensverhandlungen zu machen, und nach so vielen Jahrzehnten haben wir gesehen, dass das palästinensische Volk tatsächlich völlig kapituliert hat.“

Was stand in den Abkommen?

Die Osloer Abkommen waren eine Reihe von Vereinbarungen, die zwischen 1993 und 1995 unterzeichnet wurden und den Grundstein für den Osloer Prozess legten – einen so genannten Friedensprozess, der im Laufe von fünf Jahren zu einem Friedensvertrag führen sollte, der den israelisch-palästinensischen „Konflikt“ beenden würde.

Was genau stand also in den Vereinbarungen? Und warum waren sie so umstritten?

„Den Palästinenser:innen wurde gesagt, dass die Osloer Abkommen ein Friedensprozess seien und dass sie während einer Übergangszeit zu einer eventuellen Eigenstaatlichkeit geführt würden. Und es sollte ein stufenweiser Prozess sein. In jeder Phase würden die Palästinenser:innen mehr und mehr Souveränität erhalten“, sagte Dr. Hawari. „Aber in Wirklichkeit sahen wir, dass die Westbank vollständig in Bantustans aufgeteilt wurde. Der Gaza-streifen und die Westbank wurden vollständig voneinander getrennt, die palästinensische Führung wurde ein dienstleistendes Organ, und die Palästinenser:innen waren ihrer gesamten Autonomie beraubt.“

Während wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vereinbarungen, die Schaffung der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA) und eine begrenzte palästinensische Autonomie in der Westbank und im Gazastreifen vorgesehen waren, wurde in den Abkommen nie eine Einigung über die wichtigsten Fragen des palästinensischen Kampfes erzielt: die Grenzen eines künftigen Staates, die illegalen israelischen Siedlungen in der Westbank, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat und der Status von Jerusalem als künftige Hauptstadt. „Die Gesamtheit der palästinensischen Erfahrungen wurde ausgeklammert. Die Zersplitterung wurde beibehalten, der stufenweise Ansatz wurde beibehalten, die israelische Kontrolle vor Ort wurde beibehalten, und für alle aufgeschobenen Fragen gab es keine Garantien, keine Aufsicht, keine Schlichtung und keine Rechenschaftspflicht“, so Dr. Ashrawi. Es bestand nie die Absicht, irgendeine Art von Souveränität oder Selbstbestimmung für das Palästinensische Volk zu akzeptieren.

Die Auswirkungen

In den Jahren nach der Unterzeichnung der ersten Grundsatzklärung nahm die neue Palästinensische Autonomiebehörde ihre Arbeit auf, bildete eine neue Übergangsregierung und nahm Hunderte von Palästinenser:innen, die im Exil gelebt hatten, wieder auf. Doch bis 1999, als die im Abkommen vorgesehene fünfjährige Interimsperiode endete, war bei den Verhandlungen über den endgültigen Status wenig erreicht worden.

Israel hatte sein Versprechen, sich aus bestimmten Gebieten der Westbank und des Gazastreifens vollständig zurückzuziehen, nicht eingehalten, und trotz der Zusage, den Siedlungsbau zu stoppen, baute Israel weiterhin ausschließlich jüdische Siedlungen auf palästinensischem Land.

Und im Jahr 2000 brach, angestachelt durch den provozierenden Besuch von Ariel Sharon in der Al-Aqsa-Moschee, die zweite Intifada aus. Die israelischen Streitkräfte besetzten die Westbank wieder, und die nächsten Jahre waren geprägt von Massentötungen, Verhaftungen und dem Bau einer illegalen Mauer, die Familien trennte und weiteres palästinensisches Land annektierte. Was auch immer von einem Friedensprozess übrig geblieben war, verschwand.

Siedlungen und schrumpfende Räume

Mitten in der zweiten Intifada erwiesen sich die amerikanischen Versuche, den Friedensprozess mit dem Camp-David-Gipfel im Jahr 2000 wiederzubeleben, als vergeblich. Obwohl der Friedensprozess völlig am Ende war, blieb der durch die Osloer Verträge abgesteckte Rahmen bestehen.

Das bedeutete, dass die Palästinenser:innen mit einer Regierung zurückblieben, die nur vorübergehend sein sollte, aber keinen unabhängigen Staat hatte, den sie regieren konnte. Und Israel hatte durch militärische Gewalt immer noch die Kontrolle über die Grenzen, die Ressourcen und effektiv auch über das Leben von Millionen Palästinenser:innen.

„Das wichtigste Versprechen von Oslo war die palästinensische Eigenstaatlichkeit, und wir wissen, dass diese offensichtlich nicht erreicht wurde“, sagte Dr. Hawari gegenüber *Mondoweiss*. „Was wir stattdessen sehen, sind diese kleinen Gebiete mit unechter palästinensischer Autonomie in der Westbank. Es wurden auch viele andere Versprechen gemacht: wirtschaftliche Versprechen, Versprechen bezüglich der Kontrolle über die Ressourcen, und nichts davon wurde tatsächlich erfüllt.“

Der einzige Profiteur des Abkommens ist das israelische Regime, das nun die gesamte Westbank kontrolliert, den Gazastreifen belagert und im Grunde alle palästinensischen Ressourcen geplündert hat und das wurde in den Osloer Verträgen festgelegt“.

In den Jahren nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens mussten die Palästinenser:innen mit ansehen, wie ihr Lebensraum rapide schrumpfte, da Israel den Bau umfangreicher Siedlungen tief in der besetzten Westbank und in Jerusalem vorantrieb. Zwischen der Unterzeichnung des Osloer Abkommens und dem Ausbruch der ersten Intifada stieg die Zahl der israelischen Siedler:innen in der Westbank um fast 100 Prozent. Im Jahr 2000 lag die Zahl der Siedler:innen in der Westbank bei knapp über 190.000. Heute sind es mehr als 500.000 Siedler:innen, die alle unter Verletzung des Völkerrechts auf palästinensischem Land leben.

Die Zunahme der Siedlerbevölkerung in Verbindung mit einer rechtsextremen israelischen Regierung hat zu einer erheblichen Zunahme der Siedlergewalt geführt, wobei palästinensische Zivilist:innen an den Fronten stehen.

In den ersten acht Monaten des Jahres 2023 haben die Vereinten Nationen mehr als 700 Angriffe von Siedler:innen auf Palästinenser:innen dokumentiert. Die Angriffe führten zu Schäden an Häusern, Eigentum, Ackerland, zu Körperverletzungen und sogar zum Tod. Aufgrund der in den Osloer Verträgen festgelegten Karten ist die Palästinensische Autonomiebehörde nur für 18 % der Westbank zuständig, was bedeutet, dass die meisten palästinensischen Zivilist:innen im Falle eines Siedlerangriffs sich selbst überlassen sind.

Eine desillusionierte Jugend

Im Gefolge der Osloer Abkommen wurde eine neue Generation von Palästinenser:innen geboren, die als „Osloer Generation“ bekannt werden sollte – und deren Jugend geprägt wurde durch falsche Versprechungen und den Verlust von Leben, Land und der Möglichkeit, ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

„Wir sehen täglich, wie unsere eigenen Familienangehörigen und Freund:innen getötet und verhaftet werden. Wir werden an militärischen Kontrollpunkten gedemütigt, wenn wir versuchen, unsere Städte oder Dörfer zu verlassen oder zu betreten. Und wir sehen, wie unser Volk von seinem Land vertrieben wird, während auf diesem immer mehr Siedlungen gebaut werden“, erklärte Zaid Amali, ein palästinensischer Aktivist in Ramallah, gegenüber *Mondoweiss*.

Auf die Frage, was er davon halte, dass palästinensische und internationale Politiker:innen auf der Weltbühne immer noch für eine Zweistaatenlösung und „Friedensverhandlungen“ werben, antwortete Amali: „Es mag bequemer für sie sein, an diesem Rahmen festzuhalten, aber das ist sehr unrealistisch und naiv, denn Israel hat die Zweistaatenlösung systematisch zerstört. Und auch wir empfinden es als beleidigend und respektlos, in der Theorie immer wieder darüber zu reden, während in der Realität vor Ort das genaue Gegenteil passiert.“

In den 30 Jahren seit der Unterzeichnung des ersten Abkommens ist die Palästinensische Autonomiebehörde, die als Übergangsregierung gedacht war, zu einer ständigen Einrichtung geworden. Dennoch wurden in drei Jahrzehnten nur zweimal Wahlen abgehalten. Alle Versuche der letzten 16 Jahre, Wahlen abzuhalten oder die Versöhnungsgespräche zwischen den rivalisierenden Gruppierungen wiederzubeleben, wurden zunichte gemacht. Die Führungsebene der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank und die Hamas-Behörden im Gazastreifen konsolidierten die Macht in den Händen einiger weniger Eliten, während sie gleichzeitig immer autoritärer wurden, hart gegen Widerspruch vorgehen, die Medien zensurierten und Andersdenkende inhaftierten und sogar töteten.

„Die Art und Weise, wie sich das System in bestimmter Hinsicht entwickelt hat, ist ziemlich enttäuschend“, sagte Dr. Ashrawi gegenüber *Mondoweiss*. Ohne Namen zu nennen, fuhr Ashrawi fort: „Den Menschen ging es mehr um Macht, um Kontrolle als um Vertretung der Interessen des palästinensischen Volkes. Es ging ihnen mehr um Eigeninteresse, Einfluss und die Vorzüge der Macht als um die Idee, einen Beitrag zu leisten und den Menschen zu dienen.“ Auf die Frage, wie es zu der jetzigen Situation kommen konnte, führte Ashrawi dies auf einen allgemeinen „Machtmissbrauch“ zurück.

„Die Räume für Freiheiten und Rechte wurden nach und nach eingeengt, so dass es letztlich nicht einmal mehr eine gesetzgebende Gewalt gibt. Sogar die Judikative wurde der Exekutive unterworfen. Die Exekutive wurde in den Händen einiger weniger konzentriert, und so wurde jeder Anschein von Demokratie, den wir vielleicht hatten und den wir sogar unter der Besatzung zu etablieren versuchten, entstellt“, sagte sie. „Ich gebe der Besatzung nicht für alles die Schuld. Es gibt Dinge unter unserer Kontrolle, die missbraucht und verzerrt wurden.“

Die Konzentration der Macht in den Händen autoritärer Persönlichkeiten wie Präsident Mahmoud Abbas hat dazu geführt, dass eine ganze Generation, wie Zaid Amali, nun das Alter von 30 Jahren erreicht oder überschritten hat, ohne jemals an einer nationalen Wahl teilgenommen zu haben. Amali, 25 Jahre alt, sagte, dies sei für junge Palästinenser wie ihn eine extrem frustrierende Realität.

„Es ist frustrierend, weil wir in der Lage sein sollten, unsere eigene Regierung auf demokratische Weise zu wählen“, sagte er. „Diese Regierung sollte unsere Interessen widerspiegeln, die Bedürfnisse des palästinensischen Volkes erfüllen und uns wirklich vertreten. Aber im Gegenteil dient sie den Interessen einiger weniger auf Kosten der Mehrheit in Palästina. Und wenn wir über die palästinensische Jugend sprechen, dann bilden sie die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung. Für uns junge Palästinenser ist es also sehr frustrierend zu sehen, dass diese Regierung nicht wirklich in unserem Interesse arbeitet. Aber oft ist sie leider sogar gegen uns.“

Übergang zum bewaffneten Widerstand

Im Jahr 2023 werden die Palästinenser:innen, die im Jahr der Unterzeichnung des Osloer Abkommens geboren wurden, 30 Jahre alt. Bis heute hatte keine:r von ihnen die Möglichkeit, am politischen Leben auf nationaler Ebene teilzunehmen. In wirtschaftlicher Hinsicht sind ihre Chancen gering. Die Arbeitslosigkeit im besetzten Palästina liegt bei fast 25 % – allein im Gazastreifen sind es sogar fast 50 %.

Währenddessen wird Israels Zugriff auf das palästinensische Leben immer fester. Die Jahre 2022 und 2023 waren Rekordjahre für israelische Gewalt gegen Palästinenser:innen und für die Ausweitung der Siedlungen. Die Lage vor Ort ist verzweifelt und veranlasst viele junge Palästinenser:innen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Seit 2022 erlebt die Westbank ein Wiederaufleben des bewaffneten Widerstands, wobei die Milizen von Palästinenser:innen angeführt werden, die gerade einmal 18 Jahre alt sind. Viele der bewaffneten Widerstandsgruppen, von denen einige unter dem Banner der Einheit und in Überwindung parteipolitischer Rivalitäten agieren, haben massive Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren.

Doch sowohl die israelische als auch die palästinensische Regierung betrachten diese bewaffneten Milizen als Bedrohung für den nach den Osloer Abkommen zementierten Status quo. Im Rahmen ihrer Politik der Sicherheitskoordinierung mit den Israelis, festgelegt in den Abkommen, hat die Palästinensische Autonomiebehörde in den letzten Monaten Dutzende von palästinensischen Kämpfer:innen sowie politische Dissident:innen, Aktivist:innen, Journalist:innen und Universitätsstudent:innen inhaftiert. Während einige der Kämpfenden Nachsicht walten ließen und ihre Waffen freiwillig abgaben, werden diejenigen, die dies nicht taten, gejagt und verhaftet.

„Wir wissen nicht, wer gegen uns ist, die [palästinensische] Autonomiebehörde oder die israelische Armee“, sagte ein junger Mann im Flüchtlingslager Jenin gegenüber *Mondoweiss*, nur wenige Tage nach einem Besuch des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas in dem Lager – seinem ersten Besuch seit 11 Jahren. „Vier Jahre lang, bevor ich [von den Israelis] verhaftet wurde, wurde ich auch von der PA gesucht. Wir fühlen uns durch die Anwesenheit [der PA] überhaupt nicht sicher.“

„Im Moment arbeiten sie sogar gegen uns“, sagte der junge Mann und bezog sich dabei auf die Verhaftungskampagne der Palästinensischen Autonomiebehörde, die sich gegen Kämpfer in Gebieten wie Jenin richtet und Teil einer laufenden gemeinsamen Sicherheitskooperation zwischen der PA und der israelischen Regierung ist. „Es ist alles eine Operation, eine Operation mit dem israelischen Militär und dem Geheimdienst. Wenn die Armee kommt, um uns anzugreifen, versteckt sich die Palästinensische Autonomiebehörde auf ihren Posten.“

„Sie [die Palästinensische Autonomiebehörde] versuchen, uns dazu zu bringen, uns auszuliefern, unsere Waffen abzugeben und die Sache, für die wir kämpfen, aufzugeben. Aber wir werden sie nicht aufgeben, egal was passiert.“

Die Versuche der Palästinensischen Autonomiebehörde, den Widerstand einzudämmen, scheinen jedoch nur nach hinten loszugehen. Meinungsumfragen aus diesem Jahr zeigen, dass 68 % der Palästinenser:innen bewaffnete Widerstandsgruppen unterstützen, und fast 90 % glauben, dass die PA kein Recht hat, sie zu verhaften.

Darüber hinaus ist mehr als die Hälfte der Palästinenser:innen der Meinung, dass das Fortbestehen der Palästinensischen Autonomiebehörde den Interessen Israels dient und nicht den Interessen des palästinensischen Volkes.

„Diese Führung hat uns in eine Situation gebracht, in der wir in der Westbank, im Gazastreifen und im kolonisierten Palästina in Bantustans und im Grunde in Ghettos leben“, sagte Dr. Hawari. „Wir müssen uns also damit auseinandersetzen, und das ist eine interne Arbeit, auf die sich die Palästinenser:innen konzentrieren müssen.“

Wenn wir eine bessere Zukunft haben wollen, müssen wir unsere Führung genau unter die Lupe nehmen und neu bewerten, wie wir diese Führung haben wollen. Wollen wir eine Führung, die kapituliert und mit unseren Unterdrückern kollaboriert? Oder wollen wir eine Führung, die revolutionär ist und unsere Freiheit in den Mittelpunkt ihrer Sichtweise stellt?“

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2023/09/it-was-set-up-to-fail-us-palestinians-reflect-on-30-years-of-the-oslo-accords>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de

Oslo nach dreißig Jahren: Ein Paradigma jenseits der Teilung

Dr. Lex Takkenberg vertritt die Ansicht, dass wir das Osloer Paradigma der Teilung und Trennung hinter uns lassen sollten und stattdessen eine neue alte Vision für einen einzigen demokratischen Staat annehmen müssen.

Lex Takkenberg, mondoweiss.net, 24.09.23

Auch wenn sich die Situation in Südafrika von der in Palästina unterscheidet, lehrt uns die Erfahrung mit Südafrika, dass die Apartheid nicht reformiert werden kann, sondern in ihrer Gesamtheit abgeschafft werden muss, einschließlich der Absicht, das Land zu kolonisieren. Im aktuellen Kontext bedeutet dies die Beseitigung aller Erscheinungsformen israelisch-zionistischer Vorherrschaft, kolonialer Privilegien, Exklusivität und Diskriminierung, sei es in Gesetzen, Politik und Praxis.

Am 13. September 1993 unterzeichneten der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat und der israelische Premierminister Yitzhak Rabin auf dem Rasen des Weißen Hauses in Anwesenheit des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton und geladener Würdenträger die Grundsatzerklärung über eine vorläufige Selbstverwaltungsvereinbarung 1, die gemeinhin als (erstes) Osloer Abkommen bezeichnet wird. Dreißig Jahre später loben Kommentatoren den Erfolg Israels mit den Osloer Verträgen, einschließlich mehrerer Folgeabkommen. Kommentatoren, die eine palästinensische Perspektive einnehmen, verweisen auf den Verrat an den Palästinenser:innen durch die Abkommen, die nur dazu dienten, die israelische Besatzung und Kolonisierung zu konsolidieren.

Die Verträge von Oslo ermöglichten Israels verstärkte Kontrolle über den Gazastreifen und die West-bank, einschließlich Ostjerusalem, und seiner palästinensischen Einwohner:innen, was schließlich zu dem führte, was zunehmend und verbindlich als Ein-Staat-Apartheid-Realität anerkannt wird.

Der Rahmen von Oslo – die Abkommen und der Nahost-Friedensprozess, der sie begleitete – wiederholte die Idee der territorialen Teilung, die zuerst von Großbritannien 1937, als es das Mandat über Palästina innehatte, und anschließend von der UN-Generalversammlung in ihrem Teilungsplan von 1947 empfohlen wurde 2, 3, 4. Die „Logik der Teilung“ und die staatstheoretische Auslegung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung – nach der die Aufteilung des Landes zwischen Juden und Palästinensern in zwei getrennte Staaten als der wünschenswerteste und wirksamste Weg angesehen wurde, um den Forderungen der Konfliktparteien gerecht zu werden – haben die bisher erfolglosen Versuche zur Lösung der Palästina-Frage dominiert. Positiv zu vermerken ist, dass in den letzten drei Jahrzehnten die Bemühungen um palästinensische Gerechtigkeit und die Rechenschaftspflicht Israels für seine Verbrechen an den Palästinensern dramatisch zugenommen haben, obwohl die offizielle palästinensische Führung in der Oslo-

Falle gefangen ist. Die Palästinenser haben eine klare, überwiegend gewaltfreie Strategie zur Befreiung verfolgt, vor allem durch die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS-Bewegung) und die anhaltenden Anstrengungen um Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht durch internationale und, zunehmend, nationale Gerichte.

Während die offizielle palästinensische Führung, wie auch die internationale Gemeinschaft, weiterhin am Osloer Rahmenwerk festhält, bewegen sich palästinensische Intellektuelle und Aktivist:innen zusammen mit einer wachsenden Zahl antizionistischer Juden und Jüdinnen, sowie anderen Unterstützern der palästinensischen Befreiung auf einen neuen Diskurs und die Entwicklung eines neuen Paradigmas zu. Eines der konstitutivsten Merkmale des neuen Paradigmas ist der Versuch, über die Trennung hinauszugehen und den Begriff der Trennung neu zu überdenken.

Ein „neues“ Paradigma und eine politische „Grammatik“

Die erbärmliche binationale Situation in Palästina/Israel hat dazu geführt, dass der Siedlerkolonialismus, die (Verweigerung der) palästinensischen Selbstbestimmung und die Apartheid erneut in den Mittelpunkt gerückt werden, um die Realitäten und Fakten vor Ort zu erfassen.

Die Palästinenser:innen sind seit langem der Ansicht, dass die gewaltsame Gründung Israels im Jahr 1948 und die anschließende Kolonisierung des gesamten historischen Palästinas nach dem Krieg von 1967 die Höhepunkte der zionistischen Siedler- und Kolonialbestrebungen in Palästina sind, die erstmals vor 125 Jahren formuliert wurden. Wie seine historischen Vorläufer zeigen, basiert der zionistische Siedlerkolonialismus grundsätzlich auf der operativen Logik der „Eliminierung der Eingeborenen“ und, falls dies nicht gelingt, auf deren Marginalisierung. Um die mit dem Siedlerkolonialismus verbundenen Ungerechtigkeiten rückgängig zu machen, ist ein umfassender und ethischer Dekolonisierungsprozess erforderlich, der auch im Einklang mit den historischen Präzedenzfällen seit dem Zweiten Weltkrieg steht.

Der wichtigste rechtliche Faktor für die Entkolonialisierung ist das Recht auf Selbstbestimmung, das im Falle des palästinensischen Volkes noch nicht verwirklicht wurde. Wie die derzeitige UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten, Francesca Albanese, in ihrem Bericht von 2022 hervorhebt 5, „ist die Verletzung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung dem Siedlerkolonialismus eigen“. Angesichts der anhaltenden Vorenthaltung des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung durch Israel (und die internationale Gemeinschaft) ruft die Sonderberichterstatterin zu einem Paradigmenwechsel auf, indem man sich für eine Lösung entscheidet, die auf der Achtung der Geschichte und des Internationalen Rechts beruht. Dies kann nur durch die Achtung der grundlegenden Norm des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Anerkennung der absoluten Unrechtmäßigkeit des Siedlerkolonialismus und der Apartheid, die den Palästinenser:innen in den besetzten palästinensischen Gebieten durch die andauernde israelische Besatzung auferlegt wurden, gelöst werden. Angesichts des siedlungskolonialen Charakters der Besatzung muss sich ihre Gesamtbewertung ändern und damit auch die Denkweisen der internationalen Gemeinschaft“.

Seit der Jahrtausendwende sind verschiedene angesehene palästinensische, israelische und internationale Wissenschaftler und Organisationen zu dem Schluss gekommen, dass die systematische und weit verbreitete diskriminierende israelische Politik und Praxis gegenüber den Palästinenser:innen, in Israel, den besetzten

Gebieten und gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen in der Diaspora, nach dem internationalem Recht den Tatbestand der Apartheid erfüllt.

Bislang hat sich die israelische Protestbewegung kaum mit der andauernden Besatzung, geschweige denn mit dem siedlungskolonialen Charakter des Landes auseinandergesetzt, obwohl die Demonstrant:innen zunehmend einen Zusammenhang zwischen der fortschreitenden Aushöhlung der Befugnisse des israelischen Obersten Gerichtshofs und der Gefahr herstellen, dass israelische Offiziere und andere vor internationalen oder ausländischen Gerichten für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Palästinenser:innen zur Rechenschaft gezogen werden.

Zwar hat die internationale Gemeinschaft auf diese Fakten- und Rechtsfeststellung nicht in nennenswertem Umfang reagiert, doch gewinnt das Konzept rasch an Fahrt und hat weitreichende Auswirkungen, sowohl in Bezug auf die Aussicht, israelische Behörden und Vertreter zur Rechenschaft zu ziehen, als auch in Bezug auf den Ansatz zur Beseitigung der Ursachen für die systematische Diskriminierung in diesem Zusammenhang.

Auch wenn sich die Situation in Südafrika von der in Palästina unterscheidet, lehrt uns die Erfahrung mit Südafrika, dass die Apartheid nicht reformiert werden kann, sondern in ihrer Gesamtheit abgeschafft werden muss, einschließlich der Absicht, das Land zu kolonisieren. Im aktuellen Kontext bedeutet dies die Beseitigung aller Erscheinungsformen israelisch-zionistischer Vorherrschaft, kolonialer Privilegien, Exklusivität und Diskriminierung, sei es in Gesetzen, Politik und Praxis.

Dies wird tiefgreifende Auswirkungen sowohl für Palästinenser:innen als auch für Israelis haben. Entgegen den ständigen Behauptungen Israels, hat die jüdische Bevölkerung des Landes kein Recht auf Selbstbestimmung im historischen Palästina. Nach dem allgemeinen Grundsatz des (internationalen) Rechts, *ex iniuria ius non oritur* – aus Unrecht oder der Begehung von Unrecht kann kein Recht abgeleitet werden – kann die Etablierung des Staates Israel durch die vorsätzliche und systematische Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und die gewaltsame Umsiedlung des größten Teils des palästinensischen Volkes kein jüdisches Recht auf Selbstbestimmung in Palästina begründen. Wie Peter Beinart, Chefredakteur von *Jewish Currents*, überzeugend dargelegt hat, haben Juden auch kein Recht auf einen souveränen Staat im historischen Palästina. Sie haben jedoch aufgrund ihres außer-gewöhnlich langen Aufenthalts ein Recht auf weiteren Aufenthalt erworben, ebenso wie die palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Aufnahmestaaten, in denen die meisten von ihnen, einschließlich ihrer Nachkommen, seit der *Nakba* [1948] und/oder der *Naksa* [1967] Zuflucht gefunden haben.

Vor diesem Hintergrund wird die Einstaatenlösung zunehmend als mögliche Alternative zur Zweistaatenlösung für die Lösung der Palästinafrage ins Spiel gebracht. Angesichts der gegenwärtigen Einstaaten-Realität in Palästina/Israel, die allerdings derzeit durch Apartheid gekennzeichnet ist, scheint dies der zukünftige Weg zu sein, und zwar eher zwangsläufig als geplant.

Für die Palästinenser:innen ist dies keine neue Idee; in der Charta der PLO von 1964 wurde die Errichtung eines demokratischen Staates mit gleichen Rechten für alle Bürger:innen, einschließlich der Juden und Jüdinnen, im gesamten historischen Palästina als Vision für die palästinensische Befreiung formuliert.

Die Idee wurde durch die Akzeptanz des Zweistaaten-Konzepts durch die PLO in den Hintergrund gedrängt, aber palästinensische und israelische Politiker-, Akademiker- und Aktivist:innen haben in den letzten zwei Jahrzehnten, als die Mängel des Osloer Konzepts und seine Unfähigkeit, das palästinensische Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen, immer deutlicher wurden, die Forderung nach einer Einstaatenlösung wiederbelebt.

Befürwortet wird die Einstaatenlösung von Verfechtern eines binationalen Staates, entweder in Form einer Föderation oder Konföderation (Beispiele hier, hier und hier 6, 7,8) und die Befürworter einer liberalen Demokratie in Form eines demokratischen Staates (siehe hier, hier und hier 9,10, 11). Die Diskussionen über die Vor- und Nachteile der einzelnen Optionen sind noch im Gange, und das Ausmaß, in dem jede von ihnen zur Erreichung der palästinensischen Selbstbestimmung, zur Beendigung der Apartheid und zur vollständigen und ethnischen Entkolonialisierung Palästinas beitragen kann, sollte die Palästinenser:innen auf ihrem weiteren Weg unterstützen. Die *Arabische Renaissance für Demokratie und Entwicklung (ARDD)* 12 setzt sich mit ihrem Programm „Die Palästinafrage“ kritisch mit dieser sich entwickelnden Problematik auseinander.

Machen wir uns keine Illusionen: Der Prozess wird schwierig, schmerzhaft und wahrscheinlich blutig sein – aber unaufhaltsam, wie die anderen Prozesse der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt haben und er wird tiefgreifende Folgen für alle wichtigen Akteure haben.

Israel

Fünfundsiebzig Jahre Israel haben gezeigt, dass es dem Zionismus nicht gelungen ist, eine dauerhafte nationale jüdische Heimstätte in Palästina zu schaffen, wie es seine Gründer beabsichtigt hatten. Aus den von Professor Daniel Bar Tal brillant dargelegten Gründen ist die jüdische Bevölkerung Israels im Laufe der Jahre *Sinking into the Honey Trap* – so der Titel seines jüngsten Buches – und hat das Land allmählich in eine Autokratie verwandelt und Narrative und Mechanismen angenommen, die es den jüdischen Israelis ermöglichen, die Realität zu ignorieren, in einer Situation zu leben, die den Konflikt verlängert und die Lösung in eine ungewisse Zukunft mit anhaltender Gewalt verschiebt.

Die derzeitige israelische Regierung ist der Höhepunkt dieses Prozesses. Narrative von Vorherrschaft und tief verwurzelter Opferrolle haben zu einer immer gewaltsameren Unterdrückung der Palästinenser:innen und ihrer Rechte geführt, begleitet von wiederholten Forderungen nach einer Annexion der Westbank (und des Gazastreifens) und sogar einer neuen *Nakba*.

Die beispiellosen sogenannten pro-demokratischen Proteste in Israel gegen das anhaltende Abgleiten in eine autokratische Regierung sind ein Weckruf für einen bedeutenden Teil der jüdischen israelischen Gesellschaft. Bislang hat sich die Protestbewegung jedoch kaum mit der anhaltenden Besetzung, geschweige denn mit dem siedlungskolonialen Charakter des Landes auseinandergesetzt, obwohl die Demonstrant:innen zunehmend einen Zusammenhang zwischen der fortschreitenden Aushöhlung der Befugnisse des israelischen Obersten Gerichtshofs und der Gefahr sehen, dass israelische Offiziere und andere vor

internationalen oder ausländischen Gerichten für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Palästinensern zur Rechenschaft gezogen werden.

Es ist noch zu früh, um das Ergebnis der laufenden Eskalation vorherzusagen. Sollten sich die rechts-extremen religiös-zionistischen und kahanistischen Fraktionen durchsetzen, werden wir wahrscheinlich eine noch extremere Politik und Gewalt erleben, mit einer formellen Annexion der Westbank (und des Gazastreifens), weiteren ethnischen Säuberungen der palästinensischen Bevölkerung und einem Bürgerkrieg in Israel innerhalb der *grünen Linie* [Waffenstillstandslinie von 1949].

Dies könnte schließlich so radikale Ausmaße annehmen, dass die internationale Gemeinschaft die Situation nicht länger hinnehmen kann. Gelingt es der „pro-demokratischen“ Bewegung hingegen, die Justizreform zu stoppen und dabei den Zusammenbruch der derzeitigen Koalition herbeizuführen, könnte eine eher zentristische Regierung unter der Führung von Benny Gantz die Entwicklung verlangsamen und die internationale Gemeinschaft beschwichtigen. Es wird jedoch unmöglich sein, das Blatt vollständig zu wenden, so dass die internationale Gemeinschaft selbst in diesem Szenario letztendlich keine andere Wahl hätte, als ihre Position zu ändern und zu intervenieren.

Die Palästinenser:innen

Einige Kommentatoren haben überzeugend dargelegt, dass *Oslo* de facto zum Untergang der PLO führte, die bis dahin von den meisten Palästinenser:innen und der internationalen Gemeinschaft als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt war, und dass der autokratische Zustand der Palästinensischen Autonomiebehörde und die derzeitige Krise der palästinensischen Führung das Ergebnis von Israels Politik von „Teile und herrsche“ sind (dazu gehört auch, dass Israel den Aufstieg des Islamismus im Gazastreifen (Hamas) und im Südlibanon (Hisbollah) gefördert und instrumentiert hat, um der im Grunde säkularen PLO den Boden zu entziehen). Darüber hinaus haben sich viele Palästinenser:innen aus ähnlichen Gründen wie den oben beschriebenen gegenüber den israelischen Juden mit der lang anhaltenden Realität der Opferrolle abgefunden, was unter anderem zu einer „Politik des Leidens“ führt, ein Begriff, den die amerikanische Anthropologin Nell Gabiam in einem faszinierenden Buch über palästinensische Flüchtlinge in Syrien prägte.

Vor diesem Hintergrund wird der Kampf für die Entkolonialisierung Palästinas und die Befreiung seines Volkes derzeit von einer ermutigenden neuen Generation von palästinensischen Akademiker:-innen, Schriftsteller-, Künstler- und Aktivist:innen geführt, die weniger in die früheren politischen Strukturen und das Establishment Palästinas verstrickt sind und auch nicht von der anhaltenden politischen Erstarrung beeinflusst werden. Letztendlich werden ihre Professionalität, ihre Eloquenz, ihr Engagement und ihre Kraft von unten nach oben zu einer neuen palästinensischen Führung führen, die sich an der sich entwickelnden Vision und dem Diskurs zur Entkolonialisierung und Befreiung orientiert.

Die Internationale Gemeinschaft

Diese Versuche werden von vielen jüdischen und anderen Intellektuellen und Organisationen lautstark entlarvt und angefochten, und zunehmend von Gerichten verworfen. Sie werden schließlich scheitern, zumal die Politik und die Praktiken der gegenwärtigen israelischen Regierung es nicht mehr möglich machen, zu leugnen, dass Israel Apartheid praktiziert und die Besatzung dauerhaft und damit illegal geworden ist.

Gegenwärtig ringt die internationale Gemeinschaft darum, sich mit der sich entwickelnden Einstaat-Apartheid-Realität in Palästina/Israel und ihren politischen Auswirkungen zu arrangieren, zumal Israel und seine Unterstützer:innen aggressiv versuchen, Kritik an seiner Politik und seinen Praktiken sowie ein Engagement hinsichtlich des sich entwickelnden Diskurses durch einen erweiterten und als Waffe eingesetzte Vorwurf von (angeblichem) Antisemitismus zu verhindern.

Diese Versuche werden von vielen jüdischen und anderen Intellektuellen und Organisationen lautstark angeprangert und angefochten, zunehmend von Gerichten verworfen und werden schließlich scheitern, denn die Politik und die Praktiken der gegenwärtigen israelischen Regierung ermöglichen es nicht mehr, zu leugnen, dass Israel Apartheid praktiziert und dass die Besatzung dauerhaft und damit illegal geworden ist.

Im Januar dieses Jahres, nur wenige Wochen nach dem Amtsantritt der derzeitigen israelischen Regierung, erklärte das Globale Netzwerk zur Palästinafrage (*GNQP*) der *ARDD* in einem offenen Brief an UN-Generalsekretär Antonio Guterres, dass die neue politische Realität in Israel und die sich verschlechternde Lage im besetzten Palästina einen grundlegenden Wandel der Sichtweise und des Ansatzes in Verbindung mit einer mutigen und kühnen Führung durch die Vereinten Nationen erfordern, die sich mit den eigentlichen Ursachen und dem Kern der ungelösten Palästinafrage befassen und die zentrale Rolle der UN bei ihrer Lösung wiederherstellen muss. Er fordert den Generalsekretär auf, „die zuständigen Stellen des UN-Sekretariats und des UN-Systems im weiteren Sinne anzuweisen, unverzüglich sowohl operative, als auch politische Antworten auf die sich entwickelnde Situation in Israel/Palästina zu entwickeln“.

Eine neue Führungsrolle und eine Änderung der Sichtweise und des Ansatzes sind auch bezüglich der UNRWA notwendig, die UN-Organisation, die die palästinensischen Flüchtlinge schützt und ihnen wichtige Bildungs-, Gesundheits- und Hilfsdienste zur Verfügung stellt. Abgesehen von seiner Rolle als Bereitsteller öffentlicher Dienstleistungen wird das UNRWA von den palästinensischen Flüchtlingen als Beweis dafür gesehen, dass ihre ungelöste Notlage eine internationale Verantwortung bleibt, wie in einem neuen Buch von Anne Irfan 13 dargelegt wird. Manche Mitglieder der *GNQP* sind der Meinung, dass die UNRWA der sich verändernden politischen Realität Rechnung tragen muss, unter anderem durch eine engere Angleichung an das internationale Flüchtlingsregime, wie es in der New Yorker Erklärung zu Flüchtlingen und Migranten von 2016 gefordert wird 14. Konkret wird eine „radikale, aber schrittweise Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung des UNRWA“ vorgeschlagen, „von der Unterstützung der humanitären Bedürfnisse und der grundlegenden menschlichen Entwicklung hin zu einer umfassenden Antwort auf alle Aspekte der palästinensischen Flüchtlingsfrage, einschließlich einer stärkeren Konzentration auf den Schutz und das Streben nach dauerhaften Lösungen“.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Bestreben, die Palästinenser:innen zu befreien, zweifellos auf erheblichen Widerstand seitens Israels und seiner traditionellen Unterstützer:innen und möglicherweise auch anderer stoßen wird, die den unterdrückerischen Status quo erhalten möchten. Diejenigen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, müssen diesem Druck widerstehen und den Vorrang des internationalen Rechts und der Legitimität wiederherstellen. Der längerfristige Nutzen, nicht nur für die Hauptakteure, sondern für die ganze Welt, wird immens sein.

Lex Takkenberg ist leitender Berater für die Palästinafrage bei Arab Renaissance for Democracy and Development (ARDD). Zuvor war er drei Jahrzehnte lang für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für

Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) tätig.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2023/09/oslo-after-thirty-a-paradigm-beyond-partition>

1. <https://peacemaker.un.org/israelopt-osloaccord93>
2. https://en.wikipedia.org/wiki/Israeli%E2%80%93Palestinian_peace_process
3. <https://www.palestine-studies.org/en/node/1651896>
4. <https://www.palquest.org/en/highlight/159/un-partition-plan-1947>
5. <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/a77356-situation-human-rights-palestinian-territories-occupied-1967>
6. <https://blogs.lse.ac.uk/mec/2018/04/10/on-bi-national-decolonisation-in-israel-palestine/>
7. <https://www.alandforall.org/english/?d=ltr>
8. <https://ecf.org.il/issues/issue/1541>
9. <https://www.odsico.org/en>
10. <https://onestatecampaign.org/en>
11. <https://odspal.net>
12. <https://ardd-jo.org>
13. <https://cup.columbia.edu/book/refuge-and-resistance/9780231202855>
14. <https://www.unhcr.org/us/what-we-do/protect-human-rights/asylum-and-migration/new-york-declaration-refugees-and-migrants>

(Im Originalartikel hat es noch weitere Links)

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de